

**Antrag für eine Genehmigung oder eine Anzeige nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)**

Anschrift Genehmigungsbehörde:  
Landesamt für Umwelt /Abteilung T1 Referat T13  
Müllroser Chaussee 50  
15236 Frankfurt (Oder)

Aktenzeichen Antragsteller:

Finanzamt:  
Finanzamt Strausberg

## 1. Adressdaten

Antragsteller/-in: Cemex Zement GmbH  
  
Straße, Haus-Nr.: Frankfurter Chaussee  
PLZ / Ort.: 15562 Rüdersdorf

Tel.: 03 36 38 - 54 0  
Fax.: 03 36 38 - 54 222  
E-Mail:

Zur Bearbeitung von Rückfragen ist anzusprechen:

Im Betrieb des Antragstellers: ☒  
Sachbearbeiter: Stephanie Sattler  
Tel.: 03 36 38 - 54 12 12  
Fax.:  
E-Mail: stephanie.riess@cemex.com

Verfasser des Antrags: ☐  
Firma: GfBU Consult mhB  
Bearbeiter: Heike Schönherr  
Tel.: 030/992882 -10  
Fax.:  
E-Mail.: heike.schoenherr@gfbu-consult.de  
Straße, Haus-Nr.: Mahlsdorfer Straße 61b  
PLZ / Ort: 15366 Hoppegarten / OT Hönöw

Verantwortlicher nach § 52b (1) Satz 1 BImSchG:

Name, Vorname Schmorleiz, Stefan  
Tel.: 03 36 38 - 54 1501  
Fax.:  
E-Mail.: Stefan.Schmorleiz@cemex.com

## 2. Allgemeine Angaben zur Anlage/zum Betriebsbereich

### 2.1 Standort der Anlage/des Betriebsbereichs

Bezeichnung des Werkes oder des Betriebes, in dem die Anlage oder der Betriebsbereich errichtet werden soll:

Zementwerk Rüdersdorf

PLZ / Ort: 15562 Rüdersdorf  
Straße / Haus-Nr.: Frankfurter Chaussee  
Rechts(Ost)-/ Hoch(Nord)wert: 5816120 3421053  
Gemarkung / Flur / Flurstücke: Herzfelde 1 1269

### 2.2 a Art der Anlage

Nummer der Hauptanlage: 0001  
Nr. nach Anhang 1 der 4. 2.3.1EG  
BImSchV.:

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: Anlagen zur Herstellung von Zementklinker oder Zementen mit einer Produktionskapazität von 500 Tonnen oder mehr je Tag

Betriebsinterne Bezeichnung: Klinkerherstellung

Kapazität/Leistung:

vorhandene: 6.000 t/d Produktionskapazität zukünftige: 6.000 t/d Produktionskapazität

## 2.2 b Art des Betriebsbereichs gemäß 12. BlmSchV

☐ Betriebsbereich der unteren Klasse

☐ Betriebsbereich der oberen Klasse

## 2.3 Anlagenteile und Nebeneinrichtungen

Anlage-Nr. A001

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: 2.2V

Betriebsinterne Bezeichnung: Rohmühlen 4-8

Kapazität vorhandene: 1872000 t/a

Kapazität zukünftige: 1872000 t/a

Anlage-Nr. A002

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: 9.11.1V

Betriebsinterne Bezeichnung: Einsatzstoffannahme

Kapazität vorhandene: 2039300 t/a

Kapazität zukünftige: 2039300 t/a

Anlage-Nr. A003

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: 8.12.2V

Betriebsinterne Bezeichnung: Lagerung nicht gefährlicher Abfälle

Kapazität vorhandene: 6060 t

Kapazität zukünftige: 6060 t

Anlage-Nr. A004

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: 8.12.1.1EG

Betriebsinterne Bezeichnung: Lagerung gefährlicher Abfälle

Kapazität vorhandene: 5520 t

Kapazität zukünftige: 5520 t

Anlage-Nr. A005

Bezeichnung der Anlage gemäß der 4. BlmSchV.: 8.11.2.3EG

Betriebsinterne Bezeichnung: Kontrolle nicht gefährlicher Abfälle

Kapazität vorhandene: 432300 t/a

Kapazität zukünftige: 432300 t/a

Anlage-Nr. A006

Bezeichnung der Anlage gemäß  
der 4. BImSchV.: 8.11.1.1EG

Betriebsinterne Bezeichnung: Kontrolle gefährlicher Abfälle

Kapazität vorhandene: 272100 t/a

Kapazität zukünftige: 272100 t/a

Anlage-Nr. A007

Bezeichnung der Anlage gemäß  
der 4. BImSchV.: 1.9V

Betriebsinterne Bezeichnung: Kohlemahlanlage

Kapazität vorhandene: 195000 t/a

Kapazität zukünftige: 195000 t/a

Anlage-Nr. A008

Bezeichnung der Anlage gemäß  
der 4. BImSchV.: 2.2V

Betriebsinterne Bezeichnung: Zementmahanlage

Kapazität vorhandene: 2500000 t/a

Kapazität zukünftige: 2500000 t/a

### 3. Art des Verfahrens

Genehmigungsverfahren:

Antrag auf Genehmigung einer Neuanlage mit öffentl. Bekanntmachung	§ 4 i. V. m. § 10 BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung einer Neuanlage ohne öffentl. Bekanntmachung	§ 4 i. V. m. § 19 BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung einer Versuchsanlage	§ 2 (3) 4. BImSchV	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung zur wesentlichen Änderung (der Lage/des Betriebs der Anlage/der Beschaffenheit)	§ 16 (1) BImSchG	<input checked="" type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung zur störfallrelevanten Änderung einer genehmigungs- bedürftigen Anlage	§ 16a BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung zur Modernisierung (Repowering) einer Anlage zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien	§ 16b (1) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Durchführung eines Erörterungstermins bei Repowering	§ 16b (6) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Teilgenehmigung	§ 8 BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Zulassung vorzeitigen Beginns	§ 8a (1) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Zulassung vorzeitigen Betriebs	§ 8a (3) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Erteilung eines Vorbescheides	§ 9 BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Befristung	§ 12 (2) BImSchG	<input type="checkbox"/>

Antragsteller: Cemex Zement GmbH

Aktenzeichen:

Erstelldatum: 31.01.2023 Version: 0 Erstellt mit: ELiA-2.8-b2

Antrag, von der öffentlichen Bekanntmachung abzusehen	§ 16 (2) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung einer anzeigepflichtigen Änderung	§ 16 (4) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Beteiligung der Öffentlichkeit	§ 19 (3) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung der Errichtung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23b BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung des Betriebs einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23b BImSchG	<input type="checkbox"/>
Antrag auf Genehmigung der störfallrelevanten Änderung einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23b BImSchG	<input type="checkbox"/>

## Anzeigeverfahren:

Anzeige zur Änderung	§ 15 (1) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Anzeige der Betriebseinstellung	§ 15 (3) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Anzeige einer genehmigungsbedürftigen Anlage	§ 67 (2) BImSchG	<input type="checkbox"/>
Anzeige einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage, die Betriebsbereich oder Bestandteil eines Betriebsbereichs ist	§ 23a BImSchG	<input type="checkbox"/>

Stimmen Sie der Veröffentlichung der Antragsunterlagen im Internet zu? ☐ Ja ☒ Nein

BVT-Vorschrift: Zement-, Kalk- und Magnesiumoxidherstellung

## Ausgangszustandsbericht (AZB):

Ein Ausgangszustandsbericht des Bodens und des Grundwassers auf dem Anlagengrundstück für IE-RL-Anlagen gemäß § 3 Absatz 8 des BImSchG i.V.m. § 3 der 4. BImSchV ist erforderlich

☐ Ja ☐ Nein ☒ Vorhanden

Ein AZB wurde mit folgendem Vorhaben erstellt:

Bescheid vom: 13.02.2015 Aktenzeichen: 0/14/2.3.1EG/RO

Der vorliegende Antrag nimmt Bezug auf:

☒ den Bescheid vom: 12.09.1991 Aktenzeichen: 20 Hei/ju (Altanlagenanzeige)  
☒ den Bescheid vom: 11.12.2019 Aktenzeichen: 30.075.Ä0/18/2.3.1EG/T13

### 3.1 Eingeschlossene Verfahren (§ 13 BImSchG, § 23b BImSchG) und Ausnahmen

Folgende nach § 13 BImSchG bzw. § 23b BImSchG eingeschlossene Entscheidungen werden beantragt:

Baugenehmigung	§ 72 BbgBO	<input type="checkbox"/>
Eignungsfeststellung	§ 63 WHG und § 17 VAWs-Bbg	<input type="checkbox"/>
Indirekteinleitung	§ 58 / 59 WHG	<input type="checkbox"/>
Erlaubnis	§ 18 (1) Nr. 1 BetrSichV	<input type="checkbox"/>
Veterinärrechtliche Zulassung	Art 24 VO EU 1069	<input type="checkbox"/>
Erlaubnis	§ 7 SprengG	<input type="checkbox"/>

Weitere eingeschlossene Entscheidungen bitte benennen:

Entscheidung	Rechtsvorschrift
1	2

Folgende Ausnahmen/Befreiungen werden beantragt:

Ausnahme	§ 19 GefStoffV	<input type="checkbox"/>
Ausnahme	§ 14 BioStoffV	<input type="checkbox"/>
Ausnahme	§ 3a Abs. 3 ArbStättV	<input type="checkbox"/>
Ausnahme	§ 3 2. SprengV	<input type="checkbox"/>

Weitere Ausnahmen/Befreiungen bitte benennen:

Ausnahme/Befreiung	Rechtsvorschrift
1	2

### 3.2 nicht eingeschlossene Verfahren

Nennen Sie alle nicht nach § 13 BImSchG eingeschlossen Entscheidungen oder Zulassungen (auch andere Behörden), die außerhalb dieses Verfahrens für das geplante Vorhaben beantragt werden/wurden:

Verfahren	Rechtsvorschrift	Zuständige Stelle
1	2	3

## 4. Weitere Angaben zur Anlage/zum Betriebsbereich

### 4.1 Inbetriebnahme

Die Anlage/der Betriebsbereich soll im 2022 (Monat/Jahr) in Betrieb genommen werden.

### 4.2 Voraussichtliche Kosten

Errichtungskosten Euro  
davon Rohbaukosten 0 Euro

In den angegebenen Kosten ist die Mehrwertsteuer enthalten.

## 5. UVP-Pflicht

### Klassifizierung des Vorhabens nach Anlage 1 des UVPG:

Nummer: 8.9.2.1  
Bezeichnung: Errichtung und Betrieb einer Anlage zur Lagerung von Abfällen über einen Zeitraum von jeweils mehr als einem Jahr, bei nicht gefährlichen Abfällen mit einer Aufnahmekapazität von 10 t je Tag oder mehr oder einer Gesamtlagerkapazität von 150 t oder mehr,  
Eintrag (X, A, S): A

### UVP-Pflicht

- ☐ Eine UVP ist zwingend erforderlich. Die erforderlichen Unterlagen nach § 4e der 9. BImSchV und § 16 des UVPG sind im Formular 14.2 beigelegt.
- ☐ Eine UVP ist nicht zwingend erforderlich, wird aber hiermit beantragt.
- ☒ UVP-Pflicht im Einzelfall
- ☐ Die Vorprüfung wurde durch die Genehmigungsbehörde bereits durchgeführt. Sie hat ergeben, dass keine UVP erforderlich ist.
- ☐ Die Vorprüfung wurde durch die Genehmigungsbehörde bereits durchgeführt. Sie hat ergeben, dass eine UVP erforderlich ist. Die erforderlichen Unterlagen nach § 4e der 9. BImSchV und § 16 des UVPG sind im Formular 14.2 beigelegt.
- ☒ Die Vorprüfung wurde noch nicht durchgeführt; diese wird hiermit beantragt. Die notwendigen Unterlagen zur Durchführung der Vorprüfung enthält der vorliegende Antrag.

☐ Das Vorhaben ist in der Anlage 1 des UVPG nicht genannt. Eine UVP ist nicht erforderlich.

## 6. TEHG

☒ Anlage gemäß TEHG

Nr. der Anlage gem. Anhang 1 des TEHG: 14

Bezeichnung der Anlage gem. Anhang 1 des TEHG: Anlagen zur Herstellung von Zementklinker mit einer Produktionsleistung von mehr als 500 Tonnen je Tag in Drehrohröfen oder mehr als 50 Tonnen je Tag in anderen Öfen

## 7. Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung

Ist die Anlage Teil eines eingetragenen Standortes einer

1. nach der Verordnung (EG) 1221/2009 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung (EMAS) vom 19. März 2001 (ABl. EG Nr. L 114 S. 1) registrierten Organisation oder

☒ Ja

☐ Nein

2. Anlage, die ein Umweltmanagement eingeführt hat und nach DIN EN ISO 14001 (Ausgabe 11/2015) zertifiziert ist.

☒ Ja

☐ Nein

Auf folgende Unterlagen der Umwelterklärung, die der Behörde vorliegen, wird verwiesen:

## 8. Beabsichtigte Änderung

Das geplante Vorhaben hat vornehmlich das Ziel am Standort Rüdersdorf den Einsatz von Konverterschlacke als Zuschlagstoff für die Zementherstellung einzusetzen.

Für die Rohstofflagerhalle BE 1.2 erfolgte bereits im Rahmen des Antrages "Annahme Tesla Sand" eine Umwidmung der BE 1.2, um in dieser Abfälle annehmen bzw. lagern zu dürfen. Weiterhin muss für die Verarbeitung der Konverterschlacke die BE 1.3 (hier die Rohmühle 4, 6 und 7) in eine Anlage zur Behandlung nicht gefährlicher Abfälle nach Nr. 8.11.2.3 der 4.BImSchV umgewidmet werden.

## 9. Begründung

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Name in Druckbuchstaben

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

## 10. Hinweise zum Datenschutz

Die Verarbeitung von personenbezogenen Daten erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen der Europäischen Union, insbesondere nach den Regelungen der Datenschutzgrundverordnung und der Fachgesetze des Bundes. Weitergehende Informationen zum Datenschutz können bei der Genehmigungsbehörde erfragt werden.

☒ Die Hinweise wurden zur Kenntnis genommen

### 11. Übereinstimmungserklärung

Hiermit erkläre ich, dass die von mir in elektronischer Form eingereichten Antragsunterlagen mit dem Papierexemplar in Version, Inhalt, Darstellung und Maßstab vollständig übereinstimmen.

Der von mir gewählte Dateiname des Antrags lässt Antragsinhalt (Anlage, Standort), Antragsversion und Antragsdatum erkennen. Im Falle der Widersprüchlichkeit gilt jeweils die Papierfassung.

Das Gleiche gilt für Antragsteile, die nachgeliefert werden.

---

Ort, Datum

---

Name in Druckbuchstaben

---

Unterschrift

**1.2 Kurzbeschreibung**

siehe nachfolgend angehängtes Dokument.Kurzbeschreibung.

Anlagen:

- 20230131\_Kurzbeschreibung Schlacke.pdf





## **1.2 Kurzbeschreibung**

**für das Vorhaben  
„Einsatz von Konverterschlacke (Abfall) als Zuschlagstoff in  
der Produktionslinie zur Herstellung von Zementklinkern  
und Zementen als notwendiger Einsatzstoff“**

## Kurzbeschreibung

Die CEMEX Zement GmbH betreibt am Standort Rüdersdorf, Frankfurter Chaussee das Zementwerk Rüdersdorf, mit einer Produktionskapazität von 6000 t/d Zementklinker bzw. 2,5 Mio. t Zement pro Jahr. Bei der Anlage handelt es sich um eine genehmigungsbedürftige Anlage nach Anhang 1 Nr. 2.3.1 der 4. BImSchV. Da in der Ofenanlage zum Brennen des Zementklinkers als Brennstoff neben Kohlenstäuben auch aufbereitete heizwertreiche Abfallfraktionen eingesetzt werden, unterliegt die Anlage der Verordnung über die Verbrennung und Mitverbrennung von Abfällen (17. BImSchV).

Am Standort Rüdersdorf plant die Anlagenbetreiberin die Lagerung von nicht gefährlichem Abfall (Konverterschlacke, AVV 10 02 02) in entsprechenden Lagerboxen in der bereits vorhandenen Rohstofflagerhalle BE 1.2.

Eine Umwidmung der Betriebseinheit BE 1.2 Rohstofflagerhalle (Anlagennummer AN A001, Rohmühlen 4-8) in die Nr. 8.12.2 der 4. BImSchV zur Lagerung nicht gefährlicher Abfälle mit einer Gesamtlagerkapazität von über 100 t ist bereits im Rahmen des Änderungsantrages Abfallannahme Sand beantragt worden. Weiterhin musste eine Umwidmung der BE 1.3 Rohmühle 4-7 in eine Anlage zur Behandlung nicht gefährlicher Abfälle gemäß Nr. 8.11.2.3 der 4. BImSchV beantragt werden.

Für den Einsatz von Konverterschlacke als dekarbonisierter Einsatzstoff für die Rohmehlherstellung soll im Wesentlichen vorhandene Anlagentechnik Verwendung finden. Die Einbringung der gelieferten Konverterschlacke erfolgt in die Rohstofflagerhalle. Via LKW wird in Entladeboxen abgekippt und via Brückenkran und Greifer erfolgt die Materialverteilung in die Vorlageboxen oder Vorbunker. Die Vorbunker sind mit Abzugs- und Dosiertechnik ausgestattet, sodass mit den Mühlenaufgabebändern eine dosierte Bestückung der Rohmühlen 4, 6 und 7 BE 1.3 gewährleistet ist.

Die Rohmühlen mit Mittenaustrag werden als Kreislaufmahlung mit einer Fein- und Grobkammer betrieben. Nach Mittenaustrag wird das Material über eine Sicht- und Zyklonstufe separiert. Das Produkt (fertig gemahlene Konverterschlacke) wird abgeschieden und dem Produktabtransport zugegeben. Bei Rohmühle 4 ist der Produktabtransport, bestehend aus Fließrinnen und Becherwerken, bis Becherwerk Z23138352 und nachgeschalteter Fließrinne vorhanden. Der Anschluss und somit die Möglichkeit der Einlagerung der gemahlenen Konverterschlacke in Vorratssilo 4 (VS 4) erfolgt durch die Installation weiterer Stetigförderer. Diese werden, wie die vorhandenen Fließrinnen und Becherwerke, vollständig gekapselt und entstaubt.

Der Transport von Vorratssilo 4 in den Rohmehltransport erfolgt pneumatisch. Dazu soll das vorhandene Siloaustragssystem modifiziert werden. Vor dem Eintrag in den Rohmehltransport wird mit Hilfe eines Zyklonabscheiders und eines Schlauchfilters die Förderluft von der gemahlenen Konverterschlacke abgeschieden.

Das Zementwerk ist als geschlossene Anlage konzipiert. Im bestimmungsgemäßen Betrieb werden gemäß Nr. 5.2.6 TA Luft Emissionen weitestgehend vermieden bzw. vermindert. Alle prozessbedingten Abluftströme werden gefasst, den Reinigungssystemen zugeführt und über Schornsteine oder Abluftöffnungen abgeleitet.

Die Reinigungseinrichtungen entsprechen dem Stand der Technik und sind so dimensioniert, dass die Emissionsgrenzwerte gemäß TA Luft, BVT bzw. den Genehmigungsbescheiden sicher eingehalten werden.

Im Ergebnis von Analysen der Konverterschlacke sind die erhöhten Werte der typischen Stahlbegleiter Chrom, Vanadium und Mangan auffällig. Als schwerflüchtige Elemente werden diese nicht emittiert, sondern in den Klinker eingebunden. Im Rahmen einer Immissionsprognose Luftschadstoffe werden die Auswirkungen durch den Einsatz von Konverterschlacke untersucht.

Mit dem beantragten Vorhaben ergeben sich keinerlei Änderungen, die als geruchsrelevant zu bewerten sind.

Der Lieferverkehr wird sich durch das geplante Vorhaben nicht erhöhen und auch das Handling in der Lagerhalle verändert sich nicht, daher kann ein negativer Einfluss des geplanten Vorhabens durch Schallemissionen auf die Anlagenumgebung ausgeschlossen werden.

Zusätzlichen Abfälle fallen nicht an und da keine neuen gefährlichen Stoffe im Sinne des § 3 Absatz 9 BImSchG (CLP-VO) zum Einsatz kommen, kann auf eine Ergänzung zum Ausgangszustandsbericht (AZB) vom 26.11.2014 verzichtet werden.

Für die geplante Änderung wird keine zusätzliche Fläche benötigt, sondern die Lagerung erfolgt in der bereits bestehenden Rohstofflagerhalle BE 1.2.

Durch die geplante Änderung entsteht kein zusätzliches Abwasser und auch der Niederschlagsabfluss ändert sich durch das geplante Vorhaben nicht.

Gemäß § 9 UVPG („Pflicht bei Änderungsvorhaben“) Absatz 1 ergibt sich für dieses Vorhaben die Verpflichtung zur Durchführung einer Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls.

Die allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass für die geplante Änderung die Luftschadstoffemissionen als bewertungsrelevant eingestuft wurden. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass durch die Änderung keine relevante Zusatzbelastung auftritt bzw. alle Beurteilungs- und Immissionsrichtwerte auch für die Gesamtbelastung an den relevanten Immissionsorten eingehalten werden können.

Anhand einer verbal-argumentativen Bewertung zur Prüfung der Auswirkungen von Luftschadstoffen auf FFH-Gebiete durch das Vorhaben „Annahme Schlacke“ und der Emissions- und Immissionsprognose zum geplanten Vorhaben konnte abgeleitet werden, dass sich durch das geplante Vorhaben die vorhandene Situation nicht in dem Maße ändert, dass eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele der FFH-Gebiete zu erwarten ist.

Weil erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter gemäß § 1 BImSchG durch die geplante Änderung aufgrund der durchgeführten überschlägigen Prüfung auszuschließen sind, ist für das Vorhaben aus Sicht der Antragstellerin keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

